



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
Wahlkampfunterstützung für Sachsen-Anhalt.....	4
Nachrichten von und mit Karsten Hilse	4
Zweiter Informationsbesuch 2026 auf Einladung von Karsten Hilse in Berlin 21. und 22. Mai 2026	4
Karsten Hilse im Bundestag Rede Berlin, 20.05.2026	5
Blauer Stammtisch in Fischbach auf Einladung meines Kollegen Matthias Rentzsch, MdB.....	5
Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026	6
NEUES von unseren Landtagsabgeordneten	7
Der Wolf darf nun gejagt werden	7
Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen	9
Druckausgabe Blaue Post Bautzen.....	10
Archiv Blauer Rundbrief	10
Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	10
Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag.....	10
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 17.5.2026	11
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.5.2026	13
12-Uhr-Regel wirkungslos: Steuern auf Benzin und Diesel endlich senken!	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.5.2026	13
AfD-Anfrage: Hälfte der Abschiebungen auch 2026 gescheitert!	13
Werbung für Transsexualität an sächsischer Schule und personelle Verflechtungen zwischen CDU-Ministerium und Gender-Verein	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.5.2026	15
AfD-Anfrage: Digitalisierung im Schneckentempo / Erst 103 landesweite Onlinedienste verfügbar	15



PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.5.2026	15
Subventionen für E-Autos streichen!	15
AfD bei 42 %: Wir wollen allein regieren!	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.5.2026	17
Kein Cent mehr für die korrupte Ukraine und BlackRock!	17
Regierung will Rente mit 70: Niemals!	17
Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	18
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	18
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	18
Positionspapier „So retten wir Deutschland“	18
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken	19
Für die SPD sind Deutsche zu „Einheitsbraun“!	19
„Männergruppe“ zwingt Mädchen zur Prostitution	19
Klimalüge vom IPCC kassiert: Klimawahn aufhalten und CO2-Steuer streichen!	20
Über 50% Ausländer im Bürgergeld: Migrationsanreize endlich abschaffen!	21
40% können nicht schreiben und rechnen: Bildung unserer Kinder sichern!	21
486.000 Arbeitsplätze im ersten Quartal verloren: Industrie und Mittelstand jetzt massiv entlasten!	22
Nord-Stream-Sabotage bis heute ungeklärt: Untersuchungsausschuss jetzt!	23
Realität an deutschen Schulen: Jeder zweite Gewalttäter ohne deutschen Pass!	23
Merz-Migrationswende gescheitert: Abschiebung nur mit der AfD!	24
Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt	25
Siegmond kündigt bei AfD-Wahlsieg Austausch der Spitzenbeamten an	25
Jetzt knackt auch Sachsen-AfD die 40-Prozent-Marke	25
Kritische Reaktionen auf Veröffentlichung zu möglichen Vorschlägen der Expertenkommission für eine Rentenreform	25
Keine Brandmauer - Allianz vereint gegen Kreiþsaal-Schließung in Kamenz	25
Video-Empfehlungen	25
Informationskanäle der AfD	25
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	25
Radio Klartext	26
NIUS – Die Stimme der Mehrheit	26
Ostdeutsche Allgemeine Zeitung	26



Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	26
Regionalgruppen im KV Bautzen	28
SPENDENKONTO	28
KONTAKT:.....	28

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Wahlkampfunterstützung für Sachsen-Anhalt

Das Jahr 2026 wird in einigen Bundesländern ein spannendes Wahljahr.

Baden-Württemberg Anfang März war leider kein Vorbild. Richtungsweisend werden die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern (20.9.2026) und in Sachsen-Anhalt (6.9.2026).

Wir als Kreisverband Bautzen wollen vor allem den Wahlkampf im benachbarten Sachsen-Anhalt unterstützen. Wer Interesse hat, mal einen Tagesausflug mit uns zu machen und beim Verteilen von Flyern zu helfen, kann sich gerne bei uns melden.

Bei genügend Interesse werden wir einen Bus mieten und gemeinsam nach Sachsen-Anhalt fahren. Bitte geben Sie uns unter info@afdbautzen.de Bescheid, ob Sie Interesse haben und in welchem Zeitraum.

Auf der Webseite www.vision2026.de kann man sich auch selbst anmelden, wenn man z. B. einige Tage länger in Sachsen-Anhalt bleiben will.

Nachrichten von und mit Karsten Hilse

Zweiter Informationsbesuch 2026 auf Einladung von Karsten Hilse in Berlin | 21. und 22. Mai 2026



In dieser Woche war wieder eine Gruppe interessierter Bürger aus meinem Wahlkreis zu Besuch in Berlin.



Tag 1 beinhaltete u.a. einen Besuch beim THW, an der Gedenkstätte Berliner Mauer und eine Stadtrundfahrt. Am zweiten Tag ging es dann ins Plenum, wo unsere Gäste eine Plenardebatte live miterleben konnten und mich danach im AfD-Fraktionssaal trafen. Auch ein Besuch des Bundeskanzleramts stand auf dem Programm, bevor es wieder nach Hause ins schöne blaue Sachsen ging.

Wenn Sie auch Interesse an einer solchen (für Sie kostenlosen) Informationsfahrt nach Berlin haben, schreiben Sie uns: karsten.hilse.ma02@bundestag.de

Karsten Hilse im Bundestag | Rede Berlin, 20.05.2026

Aus der Rede:

RCP 8.5, das Szenario, mit dem sie auch die unsinnigsten Maßnahmen durchgepeitscht haben, ist Geschichte. Und wenn Sie, werte Kollegen der Union nicht auch bald Geschichte sein wollen, müssen Sie sich endlich von Sozialisten und Kommunisten lösen, die Ihnen erzählen, dass man zukünftige Klimazustände vorhersagen könne, dem sogar das IPCC in seinem 3. Bericht widersprach. Ich zitiere:



„Das Klimasystem ist ein gekoppeltes nichtlineares chaotisches System, und daher ist die langfristige Vorhersage zukünftiger Klimazustände NICHT MÖGLICH.“

Das Klima lässt sich nicht schützen, wohl aber Deutschland, seine Menschen, seine Lebengrundlagen, seine Natur und Umwelt. Wir laden Sie (cdu) ein, dies mit uns zu tun. Tun Sie es nicht sind auch Sie bald Geschichte!

Videos:

<https://www.facebook.com/reel/2078579453002962>

https://www.youtube.com/watch?v=MYZkWxAQ_AQ

<https://www.bundestag.de/mediathek/video?videoid=7653280>

Blauer Stammtisch in Fischbach auf Einladung meines Kollegen Matthias Rentzsch, MdB

Am 13. Mai 2026 fand in Fischbach der zweite „Blaue Stammtisch“ vom Bundestagsabgeordneten



Matthias Rentzsch statt. Sein Gast war sein geschätzter Kollege Karsten Hilse, MdB. Musikalisch begleitet wurde der Abend vom Liedermacher Yann Song King, der bereits zum Auftakt mit Livemusik für eine angenehme und lockere Atmosphäre sorgte.

Nach der musikalischen Einstimmung folgten die Begrüßung sowie die Vorstellung der anwesenden Bundestagsabgeordneten und Kommunalpolitiker. Anschließend stellte Matthias Rentzsch aktuelle politische Themen und Schwerpunkte seiner Arbeit im Bundestag vor. Im Anschluss gab auch Karsten Hilse spannende Einblicke in seine

parlamentarische Arbeit und aktuelle politische Entwicklungen.

Ein besonderer Höhepunkt des Abends war das anschließende Bürgerforum. Zahlreiche Gäste nutzten die Gelegenheit, ihre Fragen direkt an die Abgeordneten zu richten und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Die Diskussionen waren lebendig, sachlich und von großem gegenseitigem Interesse geprägt. Es wurden viele spannende und relevante Themen angesprochen, die zu einem intensiven Austausch führten.



Es waren knapp 100 Personen anwesend, was das große Interesse an der Veranstaltung und der AfD deutlich unterstrich. Der Abend klang in gemütlicher Runde bei Livemusik von Yann Song King aus. Der Blaue Stammtisch in Fischbach war eine gelungene Veranstaltung mit guter Resonanz, interessanten Gesprächen und einer angenehmen Atmosphäre. Das leckere Buffett und die guten Getränke haben den Abend komplettiert. Vielen Dank an die Organisatoren.

Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der AfD,

auch in diesem Jahr bieten wir wieder die beliebten Informationsfahrten nach Berlin und in den Deutschen Bundestag an und Karsten Hilse, unser Lausitzer Bundestagsabgeordneter lädt Sie herzlich auf diesen Ausflug ein.



Wir reisen in einem komfortablen Reisebus nach Berlin und übernachten in einem Hotel direkt in Berlin. Neben dem Besuch im Bundestag und der Gesprächsstunde mit Karsten Hilse werden wir die zwei Tage wie gewohnt mit interessanten und spannenden Programmpunkten abrunden.

Die Teilnahme an dieser Reise ist generell kostenlos, abgesehen von eventuell anfallenden Eintrittsgeldern und einem kleinen Trinkgeld für unseren Busfahrer und den Gästebetreuer in Berlin. Außerdem enthalten ist zweimal Mittagessen.

Die Übernachtung erfolgt grundsätzlich in Doppelzimmern. In manchen Hotels ist es jedoch in Einzelfällen auch möglich, gegen Selbstzahlung des Aufpreises vor Ort, ein Einzelzimmer zu bekommen, darauf besteht aber kein Anspruch!

Letzter Termin 2026:

19./20. November 2026 (mit Warteliste, da derzeit ausgebucht)
(jeweils Donnerstag und Freitag)

Anmeldung:

Unter Angabe aller folgenden Punkte, **bitte ausschließlich unter folgender Mailadresse:**
karsten.hilse.ma02@bundestag.de

- Name, Vorname
- vollständige Adresse (Straße, PLZ, Wohnort)
- Geburtsdatum und -ort
- Mobilnummer, Emailadresse
- Zustieg (Bautzen oder Hoyerswerda)
- Doppelzimmer mit namentlicher Belegung oder eventueller Einzelzimmerwunsch
- Vegetarier, Veganer, eventuelle Behinderungen

NEUES von unseren Landtagsabgeordneten

Der Wolf darf nun gejagt werden

Der Wolf ist in Sachsen seit September 2012 im Landesjagdrecht verankert, unterlag jedoch bisher einer ganzjährigen Schonzeit. Nach der Novellierung des Bundesjagdgesetzes (März 2026) wurde der Wolf bundesweit ins Jagdrecht aufgenommen, was die "Entnahme" (Abschuss) von Problemwölfen 365 Tage im Jahr und eine reguläre Bejagung ermöglicht. Das Ziel ist der waidmännische Umgang mit dem Raubtier und der Schutz der Weidetierhaltung.

Aktuelle Regelungen (Stand Frühjahr 2026):

- **Aufnahme ins Jagdrecht:** Der Bundestag hat den Wolf offiziell ins Jagdrecht aufgenommen, was Sachsen als Vorreiter schon lange praktizierte, aber nun mit den realistischen Bejagungsmöglichkeiten erweitert.
- **"Zwei-Säulen-Modell" der Bejagung:**
 1. **Säule 1 (Problemwolf-Entnahme):** Schnellere, rechtssichere Entnahme von Wölfen, die Weidetiere trotz Schutzmaßnahmen reißen. Dies ist 365 Tage im Jahr in einem 20-km-Umkreis möglich.
 2. **Säule 2 (Reguläre Bejagung):** Gezielte Bejagung des jährlichen Zuwachses im Zeitraum Juli bis Oktober.
- **Hintergrund in Sachsen:** Wegen der weltweit höchsten Wolfsdichten und den Übergriffen auf Weidetiere (besonders in Bautzen/Görlitz) wurde diese Änderung seit Jahren gefordert.
- **Schutzstatus:** Trotz der Aufnahme ins Jagdrecht bleibt der Wolf vorerst eine streng geschützte Art, die Bejagung soll im Rahmen von Wolfsmanagementplänen erfolgen. Der Landesjagdverband Sachsen vertritt hierzu die Interessen der Jäger.



Der jahrelange Kampf um den vernünftigen Umgang mit dem wiedereingewanderten Prädator hat nun endlich Wirkung gezeigt und zu einem neuen Lösungsansatz geführt. Es musste dazu wohl aber auch erst zu einem Ereignis führen, bei dem die sonst so unbeteiligten Entscheider in Mitleidenschaft gezogen wurden. Es wird kein Zufall sein, dass nach jahrelangem Ringen wir nun endlich gehört wurden.

Ursula von der Leyen ist von der Wolfsthematik persönlich stark betroffen, da im September 2022 ihr 30-jähriges Lieblingspony „Dolly“ auf dem familieneigenen Anwesen im niedersächsischen Burgdorf von einem Wolf gerissen wurde.

Dieser Vorfall gilt politisch als ein zentraler Wendepunkt für den europaweiten Umgang mit dem Raubtier:



- **Politischer Kurswechsel:** Nach dem Vorfall setzte sich Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin vehement für eine Lockerung des strengen Wolfsschutzes in Europa ein.
- **Kritik und Vorwürfe:** Naturschützer und NGOs warfen ihr wiederholt vor, den EU-Schutzstatus des Wolfes aus persönlicher Rache oder aufgrund einer „Fehde“ aufweichen zu wollen. Na klar, - für sie ist Wolfsbeobachtung eine erträgliche Quelle für Nichtarbeit, zulasten der Gemeinschaft.
- **Ergebnis auf EU-Ebene:** Die Initiative der EU-Kommission führte dazu, dass der Schutzstatus des Wolfes im Rahmen der Berner Konvention abgesenkt wurde. Dies ebnete den Weg für die Neuregelung in Deutschland, durch die der Wolf im Frühjahr 2026 offiziell in das Bundesjagdgesetz aufgenommen wurde.

Es ist traurig, dass es erst ein Fanal, wie den Tod des Ponys „Dolly“ braucht, um den Entscheidern die Anliegen deutlich zu machen, die das Gemeinwohl betreffen, und gegen die Flut von vermeintlichen Umweltlobbyisten anzukämpfen.

Obwohl der gesetzliche Rahmen durch den Bundestag geschaffen wurde, gibt es in Sachsen noch Klärungsbedarf bei der operativen Ausführung:

- **Fehlende Managementverordnung:** Es fehlt derzeit noch die detaillierte Verordnung, die festlegt, **wer konkret welche Tiere** erlegen darf. Die Frage, ob dies durch die jeweiligen Revierinhaber oder durch spezialisierte Teams erfolgt, ist noch offen. Dies werden wir klären.

Ich habe in den letzten beiden Legislaturen insgesamt 9 Anfragen im Sächsischen Landtag zum Wolf und einige Entnahmeanträge gestellt.

Wir, als AfD, setzen uns weiterhin für eine heimatnahe Politik ein, die gleichermaßen unser Land, die Natur und den Menschen schützt und dient.

Timo Schreyer, MdL
22. Mai 2026



Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen

Sa	23.05.2026	10.00-12.00 Uhr	Lausitzer Platz Hoyerswerda	INFOSTAND der Regionalgruppe Hoyerswerda Gast: Doreen Schwietzer, MdL
Di	26.05.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	27.05.2026	9.00 Uhr	Bernsdorf Wochenmarkt	BÜRGERDIALOG des Bürgermeisterkandidaten Lutz Härtner Gäste: Timo Schreyer, MdL und Frank Peschel, Kreisverbandsvorsitzender
Mi	27.05.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	27.05.2026	16.00-18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL
Do	28.05.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	28.05.2026	18.00 Uhr	Laußnitzer Hof Dresdner Str. 3 01936 Laußnitz	ESN-FRAKTION vor Ort Europa neu denken! Mit Siegbert Droese und Timo Schreyer
Do	28.05.2026	19.00 Uhr	Havana Bar des Tomogara Ryu e.V. Bautzner Str. 122 01917 Kamenz	VERNETZUNGSTREFFEN der Regionalgruppe Kamenz
Fr	29.05.2026	10.00-12.00 Uhr	Marktplatz Königswartha	INFOSTAND der Regionalgruppe Hoyerswerda Gast: Doreen Schwietzer, MdL

Termine, Pressemitteilungen und weitere Infos aus dem KV Bautzen finden Sie hier:
www.afdbautzen.de



Druckausgabe Blaue Post Bautzen

Einmal im Quartal gibt es die Druckausgabe unserer Kreisverbandszeitung. Für alle, die lieber online lesen oder keine im Briefkasten hatten (wir freuen uns immer über Unterstützung bei der Verteilung) geht es hier zur Version zum Herunterladen: <https://afdsachsen.de/blau-post-bautzen-ausgabe-april-2026/>

Archiv Blauer Rundbrief

Lesen Sie hier ältere Ausgaben des Blauen Rundbrief: <https://afdsachsen.de/blauer-rundbrief-des-afd-kreisverband-bautzen/>



Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag

Hier finden Sie alle Informationen:



Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 17.5.2026

Liebe Freunde, liebe Leser,

2019 holte CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer die Grünen in seine Regierung.

Das war schlecht für alle Bürger. Es war schlecht für die Wirtschaft und – das mag vielleicht überraschen: Die schwarz-grün-rote Regierungszeit bis 2024 brachte auch wesentliche Verschlechterungen bei vermeintlich „grünen“ Themen, wie zum Beispiel für die Landwirtschaft:

Zwischen 2020 und 2024 verdreifachten sich zum Beispiel die Gebühren für die Fleischuntersuchung vor der Schlachtung. Die Untersuchung für Schweine kostete 2020 in Leipzig noch 15,20 Euro. 2024 waren es bereits 55,16 Euro.

Zum Vergleich: In Polen fallen dafür Kosten zwischen einem und zwei Euro an. Das führte natürlich zu einem enormen Wettbewerbsnachteil gerade für handwerklich arbeitende kleine Fleischbetriebe.

Während die Grünen also in ihrer Regierungszeit de facto für eine Stärkung der Massentierhaltung im Ausland und für längere Tiertransportwege gesorgt haben, warnte die AfD früh vor dieser fatalen Entwicklung. Bereits 2021 stellten wir den ersten Antrag (Drs. 7/6168) zur Senkung der „Fleischuntersuchungsgebühren“. Die Altparteien lehnten ihn geschlossen ab.

Weil die AfD zur Wahl 2024 noch stärker wurde, verlor die schwarz-rot-grüne Koalition ihre Mehrheit. Seitdem regiert Michael Kretschmer in einer wackligen Minderheitsregierung und nutzt in aller Regel die Grünen und die Linken zur Mehrheitsbeschaffung. Eine Zusammenarbeit mit der AfD schließt er hingegen kategorisch aus und macht sich so zum größten Verteidiger der Brandmauer.

Unter diesen neuen Bedingungen stellte die AfD erneut den Antrag (8/2868), die „Fleischuntersuchungsgebühren“ so weit zu senken, dass unsere Landwirte im europäischen Vergleich konkurrenzfähig sind.

Zu diesem Antrag gab es erst vor kurzem – im Januar 2026 – eine öffentliche Anhörung. Ende April 2026 signalisierten die Altparteien dann im Ausschuss, den AfD-Antrag zu den „Fleischuntersuchungsgebühren“ ablehnen zu wollen.

Wenn man diese ganze Geschichte kennt, erscheint der Antrag der Grünen zur Senkung der „Fleischuntersuchungsgebühren“, den sie Mitte Mai im Sächsischen Landtag zur Abstimmung stellten, in einem neuen Licht. Er wirkt wie eine Raubkopie des AfD-Antrags und er steht im Widerspruch zum grünen Regierungshandeln von 2019 bis 2024.





Der Antrag der Grünen wurde mit knapper Mehrheit beschlossen, durch die Stimmen von AfD und BSW, und gegen die Stimmen von CDU und SPD. Dieser Beschluss wird nun zum Skandal aufgebauscht, weil die Grünen dadurch – unfreiwillig – die sogenannte Brandmauer zur AfD durchbrochen haben.

Wenn die Medien nun außerdem schreiben, die AfD hätte den Grünen mit ihrer Zustimmung zum „grünen“ Fleisch-Antrag eine „Falle“ gestellt, so entspricht das nicht den Tatsachen. Im Gegensatz zu den Altparteien mit ihrer Brandmauer entscheidet die AfD bei jedem Thema ausschließlich danach, ob der zur Abstimmung stehende Antrag gut für unser Land und gut für unsere Bürger ist. Das gilt natürlich umso mehr, wenn ein fast identischer Antrag bereits mehrfach von der AfD gestellt wurde.

Die Grünen hätten von Anfang an – genauso wie alle anderen Parteien – wissen können, dass wir in diesem Fall mit „Ja“ stimmen! Die Empörung über unser Abstimmungsverhalten auf Seiten der Altparteien zeigt deren mangelhaftes Demokratieverständnis.

Denn: Demokratie bedeutet die Umsetzung des Volkswillens und das geschieht mit dem Mehrheitsprinzip. Statt sich ständig zu verrenken und dadurch gute Politik für Sachsen und Deutschland zu verhindern, sollten die Altparteien endlich anerkennen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse geändert haben.

Die AfD geht mit den ihr von den Bürgern anvertrauten Gestaltungsspielräumen seit jeher verantwortungsvoll um und unterstützt jede Initiative, die gut für Sachsen ist: Sie unterstützt gute Anträge aller anderer Parteien, ohne ideologische Scheuklappen.

Und die AfD bringt eigene gute Anträge ein, die eigentlich mehrheitsfähig sind, aber aus ideologischen Gründen abgelehnt werden. Mit viel zu großer Verspätung setzte die Regierung zum Beispiel unseren Antrag zur Einführung einer Landarztquote um.

Hätten die Regierungsparteien diesem Antrag sofort zugestimmt und nicht erst Jahre später einen inhaltsgleichen Antrag in den Landtag eingebracht, dann würden schon heute deutlich mehr Landärzte in unseren unterversorgten ländlichen Regionen arbeiten. Mit ihrer Brandmauer-Politik hat die CDU also nur eins erreicht: Sie hat wertvolle Zeit zur Beseitigung eklatanter Probleme verschenkt.

Ebenso kann sich die AfD auch bei anderen Themen schlussendlich durchsetzen: Der Breitbandausbau wurde nach langem Zögern doch endlich zu 100 Prozent vom Freistaat finanziert und nahm Fahrt auf. Immer mehr Gemeinden und Städte hissen wieder die Deutschland-Fahne vor öffentlichen Gebäuden. Und auch die Steuergeldverschwendung für Asyl-, [Klima](#)- und Gendervereine wird aufgrund des von der AfD aufgebauten Drucks zumindest etwas reduziert.

Unser Land braucht selbstverständlich noch viel größere und beherztere Veränderungen, doch der Anfang ist gemacht. Die Brandmauer bröckelt gewaltig und das ist auch gut so!

Sobald sie endgültig eingestürzt ist, können wir endlich wieder ungebremst Politik für unser Land und unsere Bürger machen. Das ist dringender denn je, um für Wohlstand, Frieden und Freiheit zu sorgen!

*Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban*

<https://afd-fraktion-sachsen.de/brandmauer-gescheitert/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.5.2026

12-Uhr-Regel wirkungslos: Steuern auf Benzin und Diesel endlich senken!

Jede fünfte Tankstelle in Sachsen hat in den letzten Wochen gegen die eingeführte „12-Uhr-Regel“ verstoßen. Konsequenzen haben sie nicht zu befürchten. Das sächsische Sozial- und [Wirtschaftsministerium](#) haben bisher noch nicht einmal die Zuständigkeit der Kontrolle dieser Regel geklärt.



**12-Uhr-Regel
wirkungslos!**



Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„Die 12-Uhr-Regel war blinder Aktionismus der Regierung. Diese Regel hat nicht dazu geführt, die Preise für Benzin und Diesel zu senken. Deshalb sollte die 12-Uhr-Regel sofort wieder abgeschafft werden.“

Wir fordern stattdessen die Streichung der CO₂-Abgabe, die temporäre Aussetzung der kompletten Energiesteuer und die Senkung der Umsatzsteuer von 19 auf 7 Prozent.

Noch immer ist der Staat der große Profiteur der hohen Energiepreise. In etwa die Hälfte des angezeigten Preises an der Tanksäule landet beim Staat. Auf diese Krisengewinne muss die Regierung verzichten und die Bürger sowohl beim Tanken als auch beim Heizen (Heizöl, Gas) entlasten.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/12-uhr-regel-wirkungslos-steuern-auf-benzin-und-diesel-endlich-senken/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.5.2026

AfD-Anfrage: Hälfte der Abschiebungen auch 2026 gescheitert!

Mit einer Kleinen Anfrage ([Drs. 8/6702](#)) hat der innenpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Sebastian Wippel, herausgefunden, dass 232 Abschiebungen im ersten Quartal 2026 gescheitert sind.

Gelungen sind lediglich 235. Im ersten Quartal 2025 waren es immerhin noch 259. Vollziehbar ausreisepflichtig sind in Sachsen 13.107 Personen.

Dazu erklärt Sebastian Wippel:

„Die Erfolgsquote bei den Abschiebungen ist erschreckend gering. Bestätigt sich der aktuelle Trend, liegt sie bei sieben Prozent (4 x 232 / 13.107).“



**2026 bisher nur
235 Abschiebungen!**



Zum Vergleich: Im Jahr 2014 wurden in Sachsen noch rund 25 Prozent der Ausreisepflichtigen (1.037 von 4.132) auch tatsächlich abgeschoben.

CDU-Innenminister Armin Schuster hat leider außer Ankündigungen nichts zu bieten. Wie eine weitere Anfrage (Drs. 8/6708) zeigt, ist die Auslastung des neuen Landesausreisezentrums zum Beispiel miserabel. Nur 19 Ausreisepflichtige sind dort untergebracht, obwohl das Gebäude für 100 Personen ausgelegt ist. Allein dafür fallen übrigens Kosten in Höhe von 648.000 Euro an. Einem hohen finanziellen Aufwand steht also ein sehr geringer Erfolg gegenüber.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-haelfte-der-abschiebungen-auch-2026-gescheitert/>

Werbung für Transsexualität an sächsischer Schule und personelle Verflechtungen zwischen CDU-Ministerium und Gender-Verein

Die „Achse des Guten“ hat einen weiteren Fall von „Geschlechtsumwandlungs-Werbung für Zwölfjährige in der Schule“ aufgedeckt.



AfD deckt auf! 

In Rauschwalde bei Görlitz soll eine „Transgenderperson“ vom „Gerede e.V.“ in einer 7. Klasse erklärt haben, „wie man am besten zu einer Geschlechtsumwandlung kommt“. Darüber hinaus soll es eine Anleitung gegeben haben, damit die Kosten dafür in Höhe von „ungefähr 50.000 Euro“ von „der Krankenkasse übernommen“ werden.

Laut der „Achse des Guten“ hat das Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB) die Auskunft gegeben, dass die Eltern der Kinder nicht über den externen Sexualunterricht informiert wurden. Sollte das der Wahrheit entsprechen, könnte ein Verstoß gegen das Schulgesetz vorliegen (§ 36 Abs. 2).

Der „Gerede e.V.“ erhält Zuwendungen vom Freistaat Sachsen. Unter anderem flossen für ein Projekt für „queere Geflüchtete“ 433.157,51 Euro in den Jahren 2024/25. Auch für 2026 hat der Verein über 400.000 Euro an Fördermitteln beantragt. Das geht hervor aus einer Anfrage (Drs. 8/6680) des AfD-Abgeordneten Tobias Heller.

Auffällig sind außerdem die personellen Verflechtungen des Vereinsvorstands mit dem CDU-Kultusministerium. Zum Vorstand des „Gerede e.V.“ gehört Christine Dallmann. Wie aus öffentlichen Quellen hervorgeht, gibt es auch im CDU-Kultusministerium eine Christine Dallmann (Referat 32: Digitalisierung, Medienbildung). Im Gerede-Vorstand ist darüber hinaus Anja Meschzan vertreten, die wiederum im LaSuB tätig ist. Das LaSuB bestätigte diese Personalie inzwischen.

Dazu erklärt Tobias Heller:

„Steuergelder dürfen weder für ‚queere Geflüchtete‘ eingesetzt werden noch für Schulprojekte, die Transsexualität bewerben. Ich erwarte von CDU-Kultusminister Conrad Clemens, dass er derartige Vorkommnisse unterbindet. Die personellen Verflechtungen zwischen dem Gerede e.V. und dem Kultusministerium sehe ich zudem sehr kritisch.

Ich frage mich, warum Conrad Clemens die Öffentlichkeit darüber nach den ersten beiden Porno-Skandalen nicht proaktiv informiert hat.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/werbung-fuer-transsexualitaet-an-saechsischer-schule-und-personelle-verflechtungen-zwischen-cdu-ministerium-und-gender-verein/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.5.2026

AfD-Anfrage: Digitalisierung im Schneckentempo / Erst 103 landesweite Onlinedienste verfügbar

Bis Ende 2022 waren die sächsischen Behörden laut einem Bundesgesetz verpflichtet, 575 Verwaltungsleistungen zu digitalisieren.

2026 ergab eine Studie jedoch, dass Sachsen mit der Umsetzung des sogenannten Onlinezugangsgesetz (OZG) von 2013 wohl frühestens in 16 Jahren fertig wird.

Vor diesem Hintergrund hat der digitalpolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Marko Winter, den aktuellen Stand abgefragt ([Drs. 8/6728](#)). Laut Auskunft der Staatskanzlei stehen bisher lediglich „103 landesweite Onlinedienste“ zur Verfügung.

Dazu erklärt Marko Winter:

„Die Digitalisierung der Verwaltung verläuft in Sachsen im Schneckentempo. Die Verantwortung dafür trägt CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer. Er ist kein Reformier, sondern ein Bremser. Er muss sich fragen lassen, warum die Digitalisierung trotz eines gigantischen Stellenaufbaus für diesen Bereich so schleppend vorangeht.“

Erschreckend ist auch, wie selten die Onlinedienste genutzt werden. Wie meine Anfrage zum Beispiel zeigt, liegt der Digitalanteil bei Handwerksgründungen bei gerade einmal 0,7 Prozent (26 digitale Anträge gegenüber 3.631 auf Papier). Das ist ein deutliches Indiz dafür, dass die digitale Beantragung bisher von vielen Bürgern und Unternehmen als umständlich empfunden wird.

Für viele Anträge ist es z.B. notwendig, vorher erst einen anderen Antrag zu stellen. Diese umständlichen Wege erinnern an den Behördenwahnsinn bei Asterix und Obelix mit dem Passierschein A38.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-digitalisierung-im-schneckentempo-erst-103-landesweite-onlinedienste-verfuegbar/>



Verwaltung in Sachsen:
Umständlich wie bei
Asterix und Obelix!



PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.5.2026

Subventionen für E-Autos streichen!

SPD-Wirtschaftsminister Dirk Panter hat den „E-Auto-Booster“ als „Rückenwind“ für Sachsen gelobt. Für neue E-Autos sind Förderungen bis zu 6.000 Euro möglich. Das verursacht Gesamtkosten in Höhe von drei Milliarden Euro.



Darüber hinaus wurden die Steuervorteile für dienstlich genutzte E-Autos erhöht und die Befreiung von der Kfz-Steuer für E-Autos verlängert.

Dazu erklärt Mike Moncsek, Sprecher der AfD-Fraktion für die Automobilwirtschaft:

„Jeder Bürger soll selbst technologieoffen darüber entscheiden, welches Auto er kaufen möchte.“

E-Autoprämien nützen aber den hocheffektiven Arbeitsplätzen im VW-Motorenwerk in Chemnitz wenig.

Trotzdem muss gelten: Gleiches Recht für alle!

Das heißt: Für Elektroautos darf es keine besonderen Steuervorteile und Subventionen geben. Denn sie führen dazu, siehe Beispiel Nordeuropa, dass es zu weitreichenden Fehlentscheidungen mit Steuergeld kommen wird. Das ist nicht nur sozial ungerecht.

Statt drei Milliarden Euro für den Kauf von E-Autos auszugeben, sprechen wir uns deshalb dafür aus, lieber die Kfz-Steuer für alle Bürger zu senken und am besten die CO₂-Abgabe gleich mit abzuschaffen!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/subventionen-fuer-e-autos-streichen/>

AfD bei 42 %: Wir wollen allein regieren!

In einer aktuellen INSA-Umfrage für Sachsen steht die AfD bei 42 Prozent (+ 7). Die CDU kommt auf 21 Prozent (- 5).

Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende, Jörg Urban:

„Umfragen sind Stimmungsbilder, abgerechnet wird bei der Wahl. Trotzdem ist offensichtlich, dass das Vertrauen in die CDU von Friedrich Merz und Michael Kretschmer erodiert. Die CDU ist in der Wahrnehmung der Bürger nicht mehr reformierbar. Der AfD wird hingegen zugetraut, allein zu regieren. Über dieses Vertrauen freuen wir uns. Es ist für uns Ansporn, weiterhin vollen Einsatz für unsere Heimat zu zeigen.“

Eine Wende in Sachsen und Deutschland ist möglich. Die absolute Mehrheit ist für die AfD in Reichweite und sie ist angesichts des wachsenden Zuspruchs der Bürger unser erklärtes Ziel.

Wir bereiten uns deshalb intensiv auf eine Regierungsübernahme vor und wissen zugleich um die Schwierigkeit der vor uns liegenden Aufgaben. Die Altparteien haben unser Land heruntergewirtschaftet. Es bedarf großer Anstrengungen, um diesen Niedergang aufzuhalten und einen neuen Aufschwung einzuleiten.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-bei-42-wir-wollen-allein-regieren/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.5.2026

Kein Cent mehr für die korrupte Ukraine und BlackRock!

CDU-Kanzler Friedrich Merz will die Ukraine als „assoziertes Mitglied“ in die Europäische Union aufnehmen.



„Sollte diese Idee Realität werden, fließen Milliarden an deutschen Steuergeldern in die korrupte Ukraine und an den früheren Arbeitgeber von Friedrich Merz, den amerikanischen Finanzkonzern BlackRock“, warnt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban.

„BlackRock wurde bereits damit beauftragt, einen Aktionsplan für den Wiederaufbau der Ukraine zu erarbeiten. Der Finanzbedarf wird dabei auf fast 500 Milliarden Euro geschätzt. Friedrich Merz vertritt also einmal mehr die Interessen von BlackRock und will dafür deutsche Steuergelder missbrauchen.

Eine assoziierte Mitgliedschaft hätte für die Ukraine zudem den Vorteil, dass sie Geld von der Europäischen Union erhält, aber im eigenen Land nichts gegen die grassierende Korruption unternehmen muss.

Die AfD sagt deshalb: Nein zu einer – wie auch immer gearteten – Mitgliedschaft der Ukraine in der EU! Nein zu weiteren Waffenlieferungen! Nein zur Plünderung der deutschen Staatskasse!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/kein-cent-mehr-fuer-die-korrupte-ukraine-und-blackrock/>

Regierung will Rente mit 70: Niemals!

Eine 13-köpfige Kommission der Regierung Merz soll bis Ende Juni eine Renten-Reform vorlegen. Was das Gremium vorschlägt, hat es laut BILD-[Zeitung](#) in sich: Das Renteneintrittsalter soll auf 70 steigen.

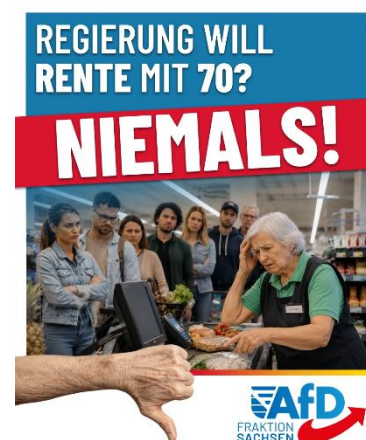
Zugleich soll das Rentenniveau auf 46 Prozent sinken. Zum Vergleich: In Österreich liegt es bei rund 80 Prozent.

Unsere Meinung: Die Renten-Pläne der Regierung sind eine einzige Frechheit!

Viele [Pflegerkräfte](#) und viele Handwerker, z.B. Dachdecker, werden ihre körperlich anstrengenden Tätigkeiten nicht bis 70 schaffen und daher sehenden Auges von der Regierung in die Altersarmut geschickt.

Unverschämt sind auch die Pläne für die private Altersvorsorge, denn das z.B. über Aktien aufgebaute Vermögen wird im Renten-Alter mit 25 Prozent kräftig besteuert. Die berufliche und private Altersvorsorge wird erst dann attraktiv, wenn diese nachträgliche Abzocke beendet wird.

Die Regierung Merz versucht gerade, bei der Rente, [Gesundheit](#) und Pflege zu sparen. Dort, wo am meisten Geld verschleudert wird, bleibt sie hingegen untätig. Die AfD spricht sich dafür aus, bei





Asyl und Migration, [Klima](#) und [Energiewende](#) sowie bei der Entwicklungshilfe den Rotstift anzusetzen. Dann steht auch mehr Geld für die Rente, Pflege und [Gesundheit](#) der eigenen Bürger zur Verfügung!

<https://afd-fraktion-sachsen.de/regierung-will-rente-mit-70-niemals/>



Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag


PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Positionspapier „So retten wir Deutschland“

Während Schwarz-Rot streitet, zeigt unsere Klausurtagung in Cottbus: Die AfD-Fraktion ist geschlossen, zielstrebig und bereit, Deutschland eine echte Alternative zu bieten. Wir haben einstimmig ein starkes Wirtschaftspapier für Deutschland beschlossen. 

Link: <https://www.facebook.com/photo?fbid=1507784394044086&set=pcb.1507786014043924>

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken



Für die SPD sind Deutsche zu „Einheitsbraun“!

Bärbel Bas (SPD) lobte beim Aktionstag "Zusammenhalt in Vielfalt" die Migration überschwänglich und äußerte sich abwertend gegen ein vermeintliches "Einheitsbraun" im Land. Für sie ist die ethnische Veränderung durch Zuwanderung ausdrücklich gut. Sie fordert, Migration nicht nur auf wirtschaftliche Fachkräfte zu reduzieren, sondern Menschen gezielt für die "gesellschaftliche Vielfalt" aufzunehmen.

Diese Aussagen zeigen wieder die tiefe Verachtung der politischen Elite für die eigene Bevölkerung. Während man uns die Mär von den Fachkräften aufischt, spricht Bas offen aus, worum es wirklich geht: die gezielte Veränderung unserer Heimat. Die realen Folgen dieser

unkontrollierten Vielfalt sieht man täglich beim Blick auf den hohen Ausländeranteil im Bürgergeld oder in den erschreckenden Zahlen der Kriminalstatistik.

Wir als Alternative für Deutschland fordern ein sofortiges Ende dieses integrationspolitischen Blindflugs. Unsere Sozialsysteme und unsere innere Sicherheit dürfen nicht länger auf dem Altar einer utopischen Ideologie geopfert werden. Es braucht endlich einen konsequenten Aufnahmestopp an den Grenzen und eine echte Rückführungsoffensive für ausreisepflichtige Migranten, um Schaden von unserem Land abzuwenden.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1505484670947176&set=a.797289411766709>

„Männergruppe“ zwingt Mädchen zur Prostitution

Im CSU-regierten Bayern ermittelt eine Sonderkommission gegen eine Gruppe von Männern aus Syrien, Pakistan und Nordafrika wegen systematischer sexueller Ausbeutung. Die Tatverdächtigen lockten minderjährige Mädchen mit Geschenken in die Abhängigkeit. Später verabreichten sie den Opfern harte Drogen wie Crystal Meth, um sie zur Prostitution zu zwingen. Das jüngste Opfer ist erst 13 Jahre alt. Bisher identifizierte die Polizei zehn Verdächtige, ein 23-Jähriger sitzt in Untersuchungshaft, zwei weitere Täter sind auf der Flucht.

Diese Vorfälle in Nürnberg offenbaren eine neue Dimension der Kriminalität durch Personen, die als Schutzsuchende nach Deutschland kamen. Man erkennt hier deutlich, welche Art von Fachkräften uns die etablierten Parteien beschert haben. Während Merz (CDU) und die SPD weiterhin von Integration sprechen, bezahlen junge Mädchen den Preis für dieses Staatsversagen. Die Verharmlosung solcher Tätergruppen durch Politik und Behörden muss endlich aufhören, denn der Schutz der eigenen Bevölkerung wird hier sträflich vernachlässigt.



Wir fordern die sofortige und konsequente Abschiebung krimineller Ausländer ohne jede Ausnahme. Es darf keine Toleranz für Täter geben, die unsere Gastfreundschaft missbrauchen und Kinder in die Drogensucht treiben. Der Schutz unserer Kinder braucht oberste Priorität statt ideologischer Willkommenspolitik. Nur eine echte Rückführungsoffensive und Grenzschutz beenden das Chaos nachhaltig. Wer unsere Gesetze derart brutal bricht, hat jedes Bleiberecht verwirkt und muss unser Land umgehend verlassen.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1504836854345291&set=a.797289411766709>



Klimalüge vom IPCC kassiert: Klimawahn aufhalten und CO2-Steuer streichen!

Jahrelang wurden den Bürgern und der Wirtschaft apokalyptische Zustände eingeredet, wenn man nicht drastische Maßnahmen zum Klimaschutz ergreift. Auf Basis dieser Erzählung sollen mehrere Billionen Euro bis 2049 in die sogenannte „Energiewende“ gesteckt werden. Durch Belastungen, wie CO2-Steuer, wird zudem unsere Industrie im internationalen Wettbewerb abgewürgt und Arbeitsplätze vernichtet.

Jetzt hat das zuständige IPCC sein Extremszenario RCP 8.5 als „unplausibel“ kassiert. Klimaaktivisten nutzten das Horrorszenario weltweit als Basis für ihre wohlstandsfeindlichen Forderungen nach „Transformation“. Auch in Deutschland stützte unser Bundesverfassungsgericht seinen Klimabeschluss von 2021 auf Quellen, die RCP 8.5 als Bezugspunkt hatten. Mit dem Urteil wurde dem Klimaschutz damals Verfassungsrang verliehen. Nun ist das Fundament zur Aufrechterhaltung weggefallen.

Es muss Schluss sein mit Klimawahn und Deindustrialisierung! Statt den Weltuntergang zu predigen, muss die Politik jetzt die Belastungen der Bürger und Wirtschaft zurücknehmen. Das bedeutet insbesondere die CO2-Steuer abzuschaffen, um den Standort Deutschland wieder attraktiv zu machen und Wohlstand zu erhalten. Die Bürger verdienen Vernunft, statt planwirtschaftliche Experimente.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1504093651086278&set=a.797289411766709>



Über 50% Ausländer im Bürgergeld: Migrationsanreize endlich abschaffen!

Die Anfrage des AfD-Abgeordneten Johannes Meier bei der Bundesagentur für Arbeit offenbart erschütternde Zahlen zum deutschen Sozialsystem. Im Dezember 2025 bezogen 5,32 Millionen Menschen Bürgergeld, wobei die Kosten für den Steuerzahler bei 46,6 Milliarden Euro lagen. Von den Leistungsberechtigten stammten über 47 Prozent aus dem Ausland. Besonders drastisch stellt sich die Lage in Bayern dar: Dort liegt der Ausländeranteil bei den Bürgergeldbeziehern bei 54,7 Prozent. Bei den einmaligen Leistungen für Wohnkosten wie Mietkautionen oder Umzugskosten erhalten Ausländer sogar 67,6 Prozent der Gelder, obwohl sie lediglich 16 Prozent der bayerischen Bevölkerung ausmachen.



Diese massive Überrepräsentation belastet das Vertrauen in den Rechtsstaat und die Gerechtigkeit. Während hart arbeitende Bürger jeden Euro zweimal umdrehen müssen, wird das Sozialsystem systematisch zur Alimentierung von Menschen genutzt, die nie in unsere Systeme eingezahlt haben. Die Politik von Merz und seiner Regierung ignoriert die Folgen dieser Fehlentwicklungen, während die finanzielle Last für die arbeitende Bevölkerung ständig weiter steigt.

Es braucht eine konsequente Abkehr von dieser Politik des offenen Sozialstaats. Die AfD fordert die Abschaffung dieses Migrationsmagneten und einen sofortigen Stopp der Einwanderung in unsere Sozialsysteme. Einheimische müssen bei Leistungen und Wohnraum zwingend Vorrang erhalten.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1503860874442889&set=a.797289411766709>



40% können nicht schreiben und rechnen: Bildung unserer Kinder sichern!

Deutschland befindet sich in einer Bildungskrise, die durch UNICEF-Zahlen belegt wird: 40 Prozent der 15-Jährigen können nicht ausreichend schreiben und rechnen. Wolfgang Büscher vom Kinderhilfswerk Arche berichtet aus Brennpunkten, dass bereits 30 Prozent der Schulanfänger kein Deutsch sprechen. Jährlich verlassen 65.000 Schüler die Schule ohne Abschluss. Während die Politik bei der Integration versagt, tragen private Initiativen die Hauptlast dieser Entwicklung.

Die Folgen dieses Versagens sind fatal. Wenn in Klassen 90 Prozent der Kinder die deutsche Sprache nicht beherrschen, sinkt das Bildungsniveau massiv. Die soziale Integration scheitert an fehlender Sprachförderung und einer Überforderung der Schulen. Während Familien im Prenzlauer Berg problemlos Kitaplätze erhalten, mangelt es in sozialen Brennpunkten an grundlegender Infrastruktur. Dies führt zu einer dauerhaften Benachteiligung, die Kinder direkt in die Abhängigkeit vom Bürgergeld treibt. Ein ganzes Land riskiert so die Zukunft der nächsten Generation.



Die AfD fordert eine sofortige Abkehr von der bisherigen Migrationspolitik. Brennpunkte müssen durch eine intelligente Verteilung der Schüler aufgelöst werden. Verbindliche Deutschkenntnisse sind zwingende Voraussetzung für den Unterricht. Statt unverbindlicher Versprechen von Merz (CDU) braucht es einen echten Ausbildungszwang und eine massive Stärkung unserer Bildungsstandards für eine leistungsfähige Zukunft.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1503261574502819&set=a.797289411766709>

486.000 Arbeitsplätze im ersten Quartal verloren: Industrie und Mittelstand jetzt massiv entlasten!

Deutschland verliert massiv an wirtschaftlicher Substanz. Das Statistische Bundesamt meldet für das erste Quartal 2026 einen Rückgang von 486.000 Arbeitsplätzen. Selbst nach Bereinigung saisonaler Effekte bleibt ein Minus von 61.000 Stellen. Besonders die Industrie und das Baugewerbe, das wirtschaftliche Rückgrat der Nation, sind schwer getroffen. Während 171.000 Stellen in Fabriken und 27.000 am Bau wegfielen, wächst die Beschäftigung lediglich in staatlich finanzierten Bereichen wie dem öffentlichen Dienst und dem Gesundheitssektor.



Die wirtschaftliche Lage ist alarmierend. Während unsere europäischen Nachbarn wachsen, schrumpft Deutschland kontinuierlich. Die Bundesregierung unter Merz (CDU) und dem Finanzminister Klingbeil (SPD) hat keinen Plan für eine Trendwende. Die Frühjahrsbelebung bleibt aus, während exportorientierte Unternehmen unter hohen Energiekosten und internationaler Konkurrenz leiden. Der Wirtschaftsstandort verliert durch eine verfehlte Politik seine Wettbewerbsfähigkeit, was den Wohlstand der arbeitenden Bevölkerung direkt bedroht.

Es braucht eine radikale Abkehr vom aktuellen Kurs. Statt den Staatssektor weiter aufzublähen, müssen die Belastungen für den Mittelstand und die Industrie durch massive Steuersenkungen und den Abbau bürokratischer Fesseln drastisch reduziert werden. Wir fordern die ersatzlose Streichung sämtlicher CO₂-Abgaben und ein Ende der ideologiegetriebenen Industriepolitik. Nur durch eine konsequente Rückbesinnung auf Leistung und echte Wettbewerbsvorteile lässt sich der wirtschaftliche Abstieg Deutschlands noch stoppen.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1503022911193352&set=a.797289411766709>



Nord-Stream-Sabotage bis heute ungeklärt: Untersuchungsausschuss jetzt!

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines. Ziel ist es, das Wissen der Bundesregierung über Sabotagepläne, insbesondere den Hinweis des niederländischen Geheimdienstes aus der Zeit vor dem Anschlag, offenzulegen. Zudem soll geklärt werden, ob Kiewer Regierungsmitglieder in den Anschlag eingeweiht waren und welche Maßnahmen Berlin zur Sicherung kritischer Infrastruktur eingeleitet hat. Angesichts eines Infrastrukturschadens von mindestens 1,2 Milliarden Euro verlangt die Fraktion zudem Auskunft über mögliche Schadensersatzforderungen.

Dieser Vorfall stellt einen massiven Angriff auf die deutsche Souveränität und die Energieversorgungssicherheit dar. Während fünf Tatverdächtige in der Ukraine unbehelligt bleiben, verweigert die Bundesregierung Auskünfte über mögliche Auslieferungsbemühungen. Besonders kritisch ist das Verhalten Polens zu bewerten, das die Auslieferung eines Verdächtigen verhindert hat. Ein solches Vorgehen untergräbt das Vertrauen in die Verlässlichkeit des europäischen Haftbefehlssystems und lässt die Frage offen, welche Konsequenzen Berlin aus dieser Missachtung nationaler Interessen zieht.

Deutschland darf bei einem derartigen Angriff auf seine Lebensadern nicht länger tatenlos zusehen. Die AfD verlangt volle Transparenz über die Sabotage und die Rolle der beteiligten Akteure. Es ist Zeit, die nationale Souveränität kompromisslos zu verteidigen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1503101204518856&set=a.797289411766709>

Realität an deutschen Schulen: Jeder zweite Gewalttäter ohne deutschen Pass!

An deutschen Schulen hat sich die Sicherheitslage dramatisch verschlechtert. Laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Martin Hess sind Ausländer bei schwerer Körperverletzung massiv überrepräsentiert. Von den 8.052 ermittelten Tatverdächtigen im vergangenen Jahr besaßen 3.791 keinen deutschen Pass, was einem Anteil von 47 Prozent entspricht, obwohl diese Gruppe nur 17 Prozent der Schülerschaft ausmacht. Bei Raubdelikten liegt der Anteil ausländischer Tatverdächtiger sogar bei 55 Prozent, bei Sexualdelikten bei 41 Prozent. Syrer führen dabei in allen Kategorien die Negativstatistik an.



Diese Zahlen belegen das Scheitern der bisherigen Migrationspolitik und entlarven die Schönfärberei der Verantwortlichen. Der Alltag an Bildungseinrichtungen ist zunehmend von importierter Gewalt und Parallelgesellschaften geprägt. Fast jeder zweite Lehrer berichtet bereits von Gewalt auf dem Schulhof oder im Klassenraum. Sicherheit ist jedoch die Grundvoraussetzung

für erfolgreiche Bildung, die nun durch eine ideologisch verblendete Zuwanderungspolitik systematisch untergraben wird.

Die AfD fordert eine sofortige migrationspolitische Kehrtwende. Ein konsequenter Schutz der Grenzen und die Durchsetzung der Ausreisepflicht sind unumgänglich, um unsere Söhne, Töchter und Enkel zu schützen. Kinder haben ein Recht auf ein sicheres Lernumfeld, frei von Gewalt und kulturellen Konflikten. Es braucht endlich eine Politik, die die Interessen der eigenen Bürger und die Sicherheit an Schulen konsequent über falsche Toleranz stellt.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1502420284586948&set=a.797289411766709>



Merz-Migrationswende gescheitert: Abschiebung nur mit der AfD!

Die von der Bundesregierung angekündigte Rückführungsoffensive ist gescheitert. Seit Ende Januar gab es keine einzige Abschiebung syrischer Straftäter oder Gefährder mehr, da die notwendigen Passersatzpapiere fehlen. Trotz über 11.000 ausreisepflichtiger Syrer im Bundesgebiet liegt der Prozess vollständig auf Eis. Der hessische Innenminister Poseck (CDU) gibt offen zu, dass derzeit keine Person rückführbar ist, da die notwendigen Dokumente von syrischer Seite schlicht nicht ausgestellt werden. Währenddessen halten die Schleusungen über den Luftweg unvermindert an und die Lufthansa plant angeblich bereits neue Flugverbindungen nach Syrien.

Dieses Staatsversagen offenbart die völlige Handlungsunfähigkeit der Regierung unter Merz (CDU). Während die Bevölkerung die Lasten der unkontrollierten Migration trägt, zeigen sich die verantwortlichen Politiker völlig machtlos gegenüber den Herkunftsstaaten. Die Sicherheit der Bürger wird durch dieses Zögern und die bürokratischen Blockaden täglich gefährdet. Ein funktionierender Rechtsstaat darf sich nicht von fehlenden Papieren aufhalten lassen, wenn es um die Durchsetzung der Ausreisepflicht geht.

Die AfD fordert ein sofortiges Ende dieses migrationspolitischen Offenbarungseids. Es braucht nun direkten Druck auf Damaskus und die konsequente Durchsetzung geltenden Rechts. Wer ausreisepflichtig ist, muss Deutschland verlassen. Wir fordern die konsequente Abschiebung aller Gefährder und Straftäter ohne weitere Ausreden.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1502316047930705&set=a.797289411766709>



Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt

Siegmund kündigt bei AfD-Wahlsieg Austausch der Spitzenbeamten an

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/siegmund-kuendigt-bei-wahlsieg-austausch-der-spitzenbeamten-an/>

Jetzt knackt auch Sachsen-AfD die 40-Prozent-Marke

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/jetzt-knackt-auch-sachsen-afd-die-40-prozent-marke/>

Kritische Reaktionen auf Veröffentlichung zu möglichen Vorschlägen der Expertenkommission für eine Rentenreform

<https://www.deutschlandfunk.de/kritische-reaktionen-auf-veroeffentlichung-zu-moeglichen-vorschlaegen-der-expertenkommission-fuer-ei-100.html>

Keine Brandmauer - Allianz vereint gegen Kreißsaal-Schließung in Kamenz

<https://www.radiolausitz.de/beitrag/keine-brandmauer-allianz-vereint-gegen-kreissaal-schliessung-in-kamenz-890656/>

Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>



Radio Klartext

<https://www.youtube.com/@radioklartext>

NIUS – Die Stimme der Mehrheit

<https://nius.de/>

Ostdeutsche Allgemeine Zeitung

<https://ostdeutscheallgemeine.com/>

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/

www.afdsachsen.de/verbaende/afd-kreisverband-bautzen/

www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093

t.me/afdkreisverbandbautzen

www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de

t.me/karstenhilsepolitiker

www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/

www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen

www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861

www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de

t.me/frankpeschel

www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL

instagram.com/doreenschwietzer_afd

www.doreen-schwietzer.de

t.me/schwietzer

twitter.com/SchwietzerMdL

Ralf-Peter Hechtberger, Landtagsdirektkandidat WK 53

www.facebook.com/profile.php?id=61554027185527

Junge Alternative Oberlausitz

instagram.com/ja_oberlausitz



www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz
t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/
www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

www.afd-hoyerswerda.de/
www.afd-stadtrat-hoyerswerda.de/
www.youtube.com/@AfDFraktionHoyerswerda
www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219

AfD Oberlausitz

www.facebook.com/AfDOberlausitz
www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw
t.me/oliverhelbing
www.tiktok.com/@afdoberlausitz

Ortsgruppe Cunewalde

www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

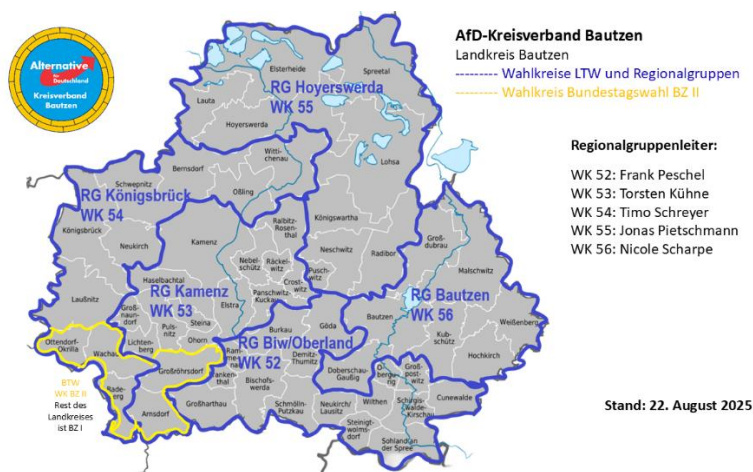
www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004
www.afd-stadtrat-pulsnitz.de
www.afdpulsnitz.de/

Stadtratsfraktion Radeberg

www.facebook.com/groups/465255757689215/



Regionalgruppen im KV Bautzen



SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Postplatz 1
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Donnerstag
10.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00 – 16.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen